



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 7. Juni 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein Terroranschlag hat die Diskussion im Politikbetrieb und in den Wohnzimmern der Republik geprägt. Der Tod des Polizisten Rouven Laur macht auch mich traurig und fassungslos. Im Deutschen Bundestag haben wir gemeinschaftlich getrauert, mit unserem Mitgefühl für die Angehörigen und dem Blick auf die dringend notwendigen Konsequenzen aus dieser Tragödie. Die Bundestagspräsidentin, der Bundeskanzler sowie unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz haben für diesen Anlass die richtigen Worte gefunden. Es ist wahr: die Politik muss sich dringender denn je der Frage zuwenden, wie wir unsere freiheitliche, tolerante und liberale Gesellschaft erhalten, angesichts der zunehmenden Gewalt islamistischen oder anderweitig extremistischen Hintergrunds. Friedrich Merz hat Recht mit seiner Analyse: Die Feinde unserer Demokratie, seien es Kalifatsdemonstranten, Antisemiten, Rechtsradikale oder Linksradikele, treten so offen, so dreist und so unverhohlen auf wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr.

Wir brauchen ein beherztes Durchgreifen gegen Radikalisierung und Extremismus; in aller erster Linie auch eine sofortige

Schließung des Islamischen Zentrums in Hamburg. Statt einer Erschwerung der Arbeit der Bundespolizei und Nachrichtendiensten sollte sich die Ampel auch darauf fokussieren, wie man ihnen bei der Bekämpfung von Islamismus und ausländischen Clans gezielt den Rücken stärken kann. Und ein weiterer Aspekt erscheint mir wesentlich zu sein, den ich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ansehe: Stärkung und Stützung unseres demokratischen Gemeinwesens durch Eintreten für unsere Werte! Und damit kommen wir zur Europawahl, die übermorgen stattfindet: Meine feste Überzeugung ist, dass in einer sich verändernden Welt die Europäische Union die richtige Betriebsgröße ist, um sich als eigenständiger und souveräner weltpolitischer Akteur zu behaupten. Eine souveräne EU wiederum braucht ein handlungsfähiges Europäisches Parlament, um zur Stabilität der Institutionen beitragen zu können. Daher mein dringender Appell: Unterstützen Sie den demokratischen Prozess in Europa, indem Sie übermorgen zur Wahl gehen, sofern Sie Ihre Stimme nicht bereits abgegeben haben und stärken Sie bei dieser Wahl die demokratische Mitte.

Herzliche Grüße, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Hintergründe des Kernkraft-Aus aufklären
- Apotheken in Not
- Besuche aus dem Wahlkreis
- Gute Nachricht der Woche: Weniger Abfallproduktion in Deutschland

Hintergründe des Kernkraft-Aus aufklären.

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien der Minister Habeck und Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. **Standpunkt:** *Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entschieden hat. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit gelaufen sind. Seit Veröffentlichung der Habeck-Akten haben wir alle parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft, um Licht in die Schatten dieses intransparenten Vorgangs zu bringen. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. Deshalb beantragen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“.* •

Koalition streitet um Bundeshaushalt 2025.

Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts klaffte im Etat 2025 eine Lücke von 25 Mrd. Euro. Mittlerweile ist diese noch größer geworden, denn statt – wie von Bundesfinanzminister Lindner erbeten – Einsparvorschläge zu unterbreiten, haben allein das Bundesentwicklungsministerium sowie das Auswärtige Amt jeweils mehr als 2 Mrd. Euro „Mehrbedarf“ angemeldet. Zusätzlich wären für eine echte Wirtschaftswende milliardenschwere Entlastungen erforderlich.

Die Bundesregierung hat keinen Plan, wie die bestehende Haushaltslücke geschlossen werden soll. Ein öffentlicher Streit zwischen den Ampelpartnern ist die Folge, und das Bundesfinanzministerium blockiert angesichts der Mehrforderungen aus den Ressorts die Kabinettdiskussion des sogenannten „Rentenpakets II“.

Standpunkt: *Die bestehende Lücke im Bundeshaushalt 2025 wird sich nur schließen lassen, wenn die Ampel – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – alle Ausgaben auf den Prüfstand stellt und eine klare Priorisierung der zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ vornimmt. Die Ampel hat hierfür offensichtlich weder den inneren Zusammenhalt noch den politischen Rückhalt in der Bevölkerung. Das sogenannte „Rentenpaket II“ ist hierfür exemplarisch: Es löst keine der existierenden Finanzierungsprobleme, sondern verlagert diese mit hohen Beitragssteigerungen auf die Steuerzahler der Zukunft.* •



Besuch aus dem Wahlkreis

In der vorvergangenen Woche hatte ich wieder einmal die Freude, eine große Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis willkommen zu heißen, die im Rahmen einer sogenannten BPA-Bildungsfahrt in die Bundeshauptstadt kamen. Das obligatorische Gespräch mit mir fand dieses Mal in der Hessischen Landesvertretung unweit des Bundestages statt.

Des Weiteren stand ein Vertreter des Bundesagrarministeriums Rede und Antwort. Weitere Stationen waren u.a. das Schloss Schönhausen, der Deutsche Dom und eine Abendveranstaltung zur Gesundheitspolitik im Rahmen des 75-jährigen Bestehens des Grundgesetzes. Die BPA-Bildungsfahrten finden dreimal im Jahr statt und richten sich an Interessenten aus den jeweiligen Wahlkreisen.

Außerdem durfte ich zwei Schulklassen der Helmut-Schmidt-Schule Usingen sowie der Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg begrüßen. Gerne habe ich den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort gestanden. •

Apotheken geraten durch Lauterbachs Reformpläne in Not.

Die Reformpläne von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verunsichern die Apotheken vor Ort zutiefst. Gemeinsam mit Holger Bellino habe ich daher mit Schamim Eckert von der Neu-Anspacher Glocken Apotheke das Gespräch gesucht, die uns ihre berechtigten Sorgen dargelegt hat. Laut den derzeitigen Plänen seien u.a. sogenannte „Apotheken Light“ vorgesehen, in denen kein Apotheker vor Ort sein müsste.

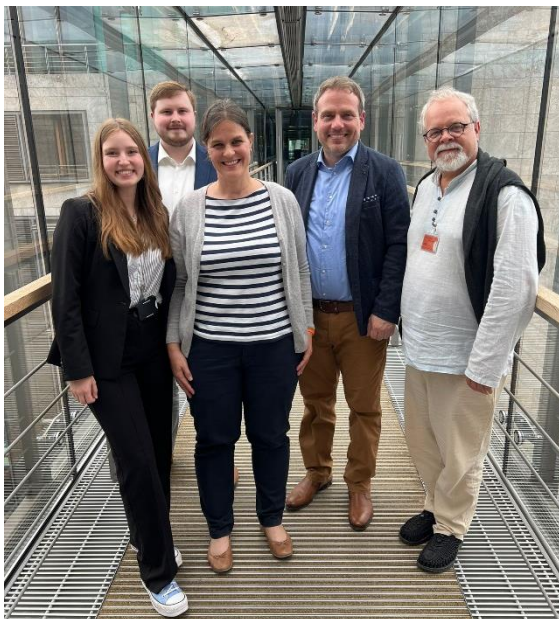
Dies öffnet Tür und Tor für große Drogerieketten, die durch ihre Marktmacht die kleine, oft inhabergeführte Apotheke vor Ort mühelos verdrängen könnte. Eine darüber hinaus avisierte Senkung des gesetzlich festgelegten Apotheker-Honorars von 3% (seit 2004) auf nunmehr 2% verstoße nicht nur gegen die Arzneimittelpreis-Verordnung sondern treibe die Apotheken in zusätzliche finanzielle Bedrängnis.

Standpunkt: *Durch das politische Agieren der Ampel-Regierung seit 2022 wird jetzt schon ein Apotheker-Sterben von 35 bis 40% erwartet.*

Sollte die geplante Apothekenreform Gesetz werden, wäre die Existenz inhabergeführter Apotheken Geschichte. Mit ihren 160.000 Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und der wohnortnahen Versorgung einer immer werdenden Gesellschaft sind sie ein unverzichtbarer Eckpfeiler unseres Gesundheitssystem. Holger Belino und ich werden uns sowohl auf bundes- als auch auf landespolitischer Ebene dafür einsetzen, dass die CDU hier fest an der Seite der Apothekerinnen und Apotheker steht! •

Im Gespräch mit World Vision.

Am Rande dieser Plenarwoche hatte ich die Gelegenheit mit Janine Lietmeyer, der neuen Vorstandin von World Vision Deutschland e.V., zusammenzutreffen. Sie berichtete mir vom aktuellen Tätigkeitsspektrum von World Vision und warb für eine nachhaltigere Entwicklungspolitik, um auch die Arbeit von Entwicklungsorganisationen auf stärkere Grundlagen zu stellen.



World Vision ist eine internationale christliche Hilfsorganisation, deren Fokus v.a. das Schicksal von Kindern in Krisengebieten ist. Ihr bekanntestes Finanzierungsinstrument sind Kinderpatenschaften. Ihren Deutschland-Sitz hat World Vision in Friedrichsdorf.

Mehr Infos zur beeindruckenden Arbeit von World Vision finden Sie hier:

<https://www.worldvision.de/> •

Die gute Nachricht der Woche Beeindruckende Hilfsbereitschaft bei Hochwasser

Die Hochwasserlage in Süddeutschland hat dramatische Auswirkungen auf viele persönliche Existenzen. Umso beeindruckender finde ich das Engagement der zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, aber auch der Hauptamtlichen von Feuerwehr, Rettungskräften, Polizei und Technischem Hilfswerk (THW). Sie sind ein unverzichtbarer Teil unseres Staatswesens und gleichzeitig eine Inspiration für uns alle, sich selbst für andere – im Beruf oder im Ehrenamt – zu engagieren und zu kämpfen.

Vielen Dank Ihnen allen! •

